

Quelle: Handelsblatt

© Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH, Düsseldorf

Entrüstung mit sicherem Abstand

Lange wurde Gaddafi vom Westen hofiert. Erst jetzt, da der Diktator vor dem Fall steht, zeigt man sich moralisch empört. Nur Ronald Reagan zog ihn schon früh zur Verantwortung. Josef Joffe

Josef Joffe

Was haben der Rücktritt Guttenbergs und der Sturz Gaddafis gemeinsam? Nichts. Doch die späten und teils heuchlerischen Reaktionen auf die beiden Ereignisse zeigen eine bedenkliche Gemeinsamkeit: Opportunismus.

Gaddafi hat seit der Machtergreifung 1969 gemordet, Passagierflugzeuge gesprengt, Terrortrupps mobilisiert, Nachbarstaaten attackiert. Der jüngste Akt ist von unsäglicher Gemeinheit: Seine Luftwaffe bombardiert die eigene Zivilbevölkerung. Das Volk soll mit ihm untergehen. Geradezu obszön wäre es also, Gaddafi und Guttenberg in einem Atemzug zu erwähnen.

Der Fall Guttenberg ist ein Betriebsunfall der deutschen Demokratie, der in zwei Wochen repariert wurde, auch vom Minister selbst, der mit dem Rücktritt den ersten Vorwärtsschritt in die Rehabilitierung tat. Schwer erträglich aber ist, dass die Medien "KT" hochgejubelt haben, solange er der Strahlemann der Nation war. Endlich keine graue Maus, sondern ein Aristokrat mit Schliff und Stil.

Solange die Regierung die Kosten seiner Verfehlung kleinrechnen konnte, hat sie ihn gestützt: Das darf man nicht so eng sehen. Doch als der Strauchelnde zu stürzen begann, erdröhnten die Pauken der Moral. Wie kurz war der Abstand zwischen den beiden Einlassungen der Forschungsministerin Schavan!

Erst: "Man wird nicht Minister, weil man promoviert ist, sondern Kompetenz hat im Politischen." Eine knappe Woche später schämte sie sich "nicht nur heimlich" für den "Raubkopierer". Die Professorenschaft hat auch abgewartet, bis sie sich zu entrüsten begann.

"Hochverrat ist eine Frage des Datums" dozierte der französische Chefzyniker Talleyrand. Empörung auch. Nur einer hat es gewagt, Gaddafi schon früher zur Rechenschaft zu ziehen. Das war Ronald Reagan, als er 1986 nach dem Terroranschlag auf eine Berliner Disco voller GIs Tripolis bombardieren ließ. Vier Jahre zuvor hatte noch eine Grünen-Delegation dem Diktator die Ehre erwiesen.

Derweil Gaddafi an der Bombe bastelte, erwiesen ihm viele die Ehre: Firmen aus Amerika, Deutschland, Frankreich und Italien. Denn Libyen war Ölfass und Geldhahn in einem. In Paris und Rom wurde Gaddafi als Staatsgast hofiert, sein mitgebrachtes Wüstenzelt wurde - nur ja nicht "eurozentrisch" sein - als orientalisches Kulturgut gewertet, nicht als Symptom des Größenwahns.

2009 wurde Gaddafi Vorsitzender der Afrikanischen Union, 2010 kam Libyen in den Uno-Menschenrechtsrat - eine Ironie, zu der einem nichts mehr einfällt. Noch hübscher: Am 1. Dezember, kurz vor Ausbruch des "arabischen

Frühlings", reiste der türkische Ministerpräsident Erdogan nach Tripolis, um den "Internationalen Gaddafi-Preis für Menschenrechte" zu empfangen. Er ist in guter Gesellschaft mit Fidel Castro und Hugo Chavez. Gaddafi ist außerdem ein ganz gewöhnlicher Schurke. 80 (oder gar 150) Milliarden Dollar sollen er und Familie laut Oppositionsangaben beiseitegeschafft haben.

Jetzt, da seine letzten Tage gekommen sind, surft die Welt auf einer Riesenwelle der Entrüstung. Raus aus dem Menschenrechtsrat! Die EU nimmt Gaddafi Waffen, Geld und Reisefreiheit. Der Internationale Strafgerichtshof beginnt mit den Ermittlungen. Die Schweiz friert Konten ein. Selbst der Uno-Sicherheitsrat, selten eine moralische Instanz, verhängt Sanktionen.

Das erinnert an eine Schlüsselszene aus Casablanca: Da zwingt Nazi-Major Strasser den Polizeichef Reynaud, Rick's Café Américain zu schließen. Verblüfft fragt Rick (Humphrey Bogart) nach dem Grund. Reynaud: "Ich bin schockiert - schockiert, dass hier gespielt wird." In dem Moment steckt der Croupier dem korrupten Polizeichef seine Roulette-Gewinne zu.

Solange im "Café Muammar" die Gewinne sprudelten, waren wir überhaupt nicht schockiert, haben wir uns allenfalls nur heimlich geschämt, trotz einer endlosen

**Quelle: Handelsblatt**

© Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH, Düsseldorf

Kette von Verbrechen seit 1969.

Den freundlichen Umgang haben wir mit allen Nahost-Tyrannen gepflegt, die etwas hatten, was wir brauchten. Trotzdem wollen wir auf den Schelm der Heuchelei und des Opportunismus nicht anderthalb setzen: die Selbstgerechtigkeit.

Auf dem Hochsitz der Moral ist es am bequemsten, wenn der Sünder am Boden liegt und sich nicht rächen kann. Wir werden auch weiterhin Geschäfte mit Despoten machen, solange sie (a) stark sind und (b) haben, was wir wollen: Ressourcen, Märkte, Bündnistreue. Oder will hier jemand Moskau und Peking strafen? Oder Riad mit den größten Ölreserven auf Erden?

Andererseits lehrt der "arabische Frühling": besser, die Tyrannen bessern sich beizeiten. Das gebietet sowohl die Moral als auch das Interesse des Westens. Denn auf Despoten ist kein Verlass; sie liefern nur Scheinstabilität.

Machen wir uns allerdings nichts vor. Wer nur mit den Guten umgehen will, wird einsam bleiben. Freedom House, das alljährlich nachzählt, findet nur fünfzig lupenreine Demokratien. Mit dem Rest müssen wir trotzdem handeln und verhandeln. Das ist wie bei lärmenden Nachbarn, die man nur begrenzt erziehen und schon gar nicht rausschmeißen kann. Aber

ignorieren gilt auch nicht, weil der Krach der Vorbote der innerfamiliären Gewalt sein kann.

Die beste Regel im Umgang mit Despoten: kooperieren, wo nötig, isolieren, wo möglich, hofieren nie! Ein schwieriges Geschäft, eine riskante Gratwanderung. Dagegen ist die wohlfeile Empörung nach dem Knall viel einfacher.

Der Autor ist Herausgeber der "Zeit".

Sie erreichen ihn unter:
gastautor@handelsblatt.com